

Karl Mai

„Schulden sind unsozial“ – eine Replik

Prof. Hans-Werner Sinn (ifo-München) titulierte seine Ausführungen im „Stern“¹ mit dem obigen Ausspruch.

Diese These ist gewiss keine echte Entdeckung in der Ökonomie. Vielleicht gerade deshalb unterlässt es Prof. Sinn auch, die wirklichen Ursachen für den vorgeblich *unsozialen* Charakter der Schulden genauer zu benennen. Dies hat den Vorteil, dass die *neoliberale* Vorstellung von der *zwischen* den Generationen aufbrechenden sozialen „Ungerechtigkeit“ aus den Lasten der Staatsverschuldung unerwähnt und verdeckt bleiben kann.

Diese weit verbreitete Angstvorstellung, dass die Staatsschulden den künftigen Generationen nur Nachteile infolge einer später zwangsläufig steigenden Steuerlast bringen, während die gegenwärtigen Schuldenmacher sich denen gegenüber „unsoziale Vorteile“ verschaffen, hält längst *keiner Kritik* stand. „Zukünftige Generationen werden durch eine steigende Staatsverschuldung nicht zusätzlich belastet“ heißt es in einem anerkannten Lehrbuch der Volkswirtschaft.²

Die lange bekannten Hauptgründe hierfür sind:

Erstens, mit den Schuldverpflichtungen an die nächsten Generationen werden auch die entsprechenden Zins tragenden Schuldenpapiere als *reines Geldvermögen* an die Besitzer der nächsten Generationen vererbt oder weitergegeben. Die Folgegenerationen insgesamt werden also dadurch nicht „unsozial“ *ärmer* an ursprünglichen Geldvermögenstiteln. Im Gegenteil, sie werden insgesamt sogar „reicher“ durch die aus den früheren Staatsschulden finanzierten öffentlichen Investitionen, die sie weiterhin nutzen.

Zweitens, die jährlich durch Netto-Neuverschuldung finanzierten Staatsausgaben erzeugen bei schwacher Konjunktur der Wirtschaft einen empirisch feststellbaren *positiven* Multiplikator-Effekt durch die gesteigerte (konsumtive und investive) Endnachfrage und erhöhen damit die Wachstumsrate auch im Folgezeitraum ganz wesentlich. Bei nicht ausgelasteten vorhandenen Produktionspotentialen bestehen auch keine direkten Gefahren für einen inflationären Preisauftrieb.

Drittens, in Zeiten der konjunkturellen Flaute und Stagnation absorbieren die jährlichen Netto-Neuverschuldungen vorhandenes disponibles privates Geldkapital in der Binnenwirtschaft, das sonst dort keine hinreichend profitable Verwendung findet bzw. nur abrufbar „geparkt“ wird, und führen es so in den realwirtschaftlichen Kreislauf mit echten Wachstumseffekten (Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen) und folglich auch mit neuen Renditechancen zurück.

Die beiden letztgenannten Haupteinwände schließen also eine „unsoziale Funktion“ der Staatsverschuldung *insgesamt* aus und bilden sogar die Grundlage für den „positiven Multi-

¹ „Stern“, Nr. 22/2004, v. 19.5.04, S. 194

² Baßeler/Heinrich/Utecht, „Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft“, Schäfer-Poeschel, 17. Auflage, S. 408

plikatoreffekt“ *öffentlicher* Schulden gemäß den Theorien der fiskalischen Konjunktursteuerung und des Wirtschaftskreislaufes in der Makroökonomie.

Bleibt noch zu klären, welche *partiell* „unsozialen“ Folgen aus den Zinsbelastungen der Staatsverschuldung *innerhalb* einer Generation von Schuldenmachern selbst bestehen.

Hier ist die weithin übliche Vorstellung vorhanden, dass die Besitzer der Gläubiger-Papiere sich „ungerechte“ (oder „parasitäre“) Renditen zu Lasten der übrigen Nichtbesitzer solcher Schuldentitel aneignen, d.h. es wird die intra-generative *Umverteilung* als „unsoziale Bereicherungspumpe der Geldvermögensbesitzer“ angesehen.

Tatsächlich findet eine solche Umverteilung zu Gunsten der Geldvermögensbesitzer auch statt – aber privates Geldkapital findet *immer* seine Zinsen auf dem globalen oder nationalen Finanzmarkt, denn dies ist eine Eigenschaft des Geldkapitalbesitzes schlechthin.

Die öffentliche Verschuldung ist also nicht *die* Ursache für „unsoziale“ Zinsen, die den Geldvermögensbesitzer reicher machen zu Lasten aller übrigen Bürger. Dem zur Anlage drängenden, verfügbaren privaten Geldkapital ist es gleichgültig, ob es seine *Renditen* aus privaten oder aus öffentlichen Schuldverhältnissen realisiert – diese Renditen sind dem Profitsystem innewohnend, also unvermeidlich und wirken über den Zinsmechanismus auch *ohne* Staatsverschuldung immer *sozial differenzierend*. Staatsverschuldung ist insofern nicht unsozialer als alle Zins tragenden Schuldverhältnisse, die im wirtschaftlichen Alltag existieren.

Das reine Nettogeldvermögen der privaten Haushalte (also abzüglich der Verbindlichkeiten) in Deutschland im Jahre 2002 erreichte den **Bestand** von 2.195,5 Milliarden Euro.³ Es betrug damit 175 % des gesamten öffentlichen Schuldenstandes. Dieser gesamte Netto-Bestand an Geldvermögen erbrachte den Besitzern eine Verzinsung (bei einem unterstellten Anlagezinssatz von 3,5 %) in *jährlicher* Höhe von 77 Mrd. Euro (2002).

Die Aussage von Prof. Sinn, dass die Staatsverschuldung „unsozial“ sei, kann also letztlich rein ökonomisch nicht als relevantes Argument anerkannt werden. Sie verfolgt aber den Zweck, die Bürger stark zu verunsichern und für die neoliberalen *Verarmungsreformen* á la „Agenda 2010 ff.“ sowie für den neoliberalen fiskalischen „Sparkurs“ des Hans Eichel weiterhin gefügig zu halten. Denn immerhin klingt noch vielen Bürgern in den Ohren, wie Eichel gegen die „sozialen Folgen der Staatsverschuldung“ ab 1999 zu Felde zog

Prof. Sinn schreckt auch nicht davor zurück, die panische Angst der kleinen Sparer vor einer künftigen „Gefahr“ zu wecken: „Wer sein Geld in Deutschland lässt, muss wissen, dass er eines Tages zur Kasse gebeten wird“, verkündet er als die *wahre deutsche Cassandra*.

Unterschwellig wird hier eine staatliche *Entwertung* der Schuldentitel für die privaten Geldvermögensbesitzer vorausgesagt.

³ Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung Nr. 4, Sept. 2003, S. 88

Da ist es doch viel besser, man lässt es in Deutschland nicht erst so weit kommen und reduziert jetzt kräftig die „unsoziale“ Staatsverschuldung durch die Kürzung der echt *sozialen* Transferleistungen des Staates.

Und genannt werden sogleich: „staatliche Renten, Pensionen, Arbeitslosengelder, Sozialhilfeleistungen, Bafög und ähnliche Transfers“ – ein Rundumschlag zum „sozialgerechten“ *Sozialabbau*, um die „unsoziale“ Staatsverschuldung zu vermindern.

Für diese Transfers aus den Sozialkassen des Staates empfiehlt Prof. Sinn die laufende Anhebung „nur noch im Ausmaß der Inflation“.

So wird der „unsoziale“ Schrecken der Staatsverschuldung mit der Prophetie vom „sozialen“ Sozialabbau bekämpft – ein *diabolisches* Vorgehen, würdig des Mephisto aus Goethes „Faust“.

Dazu ist auch eine kleine suggestive „Finte“ nützlich, die sich im „Stern“-Artikel findet. Es heißt dort: „Die Staatsschulden sollen in diesem Jahr um weitere 80 Milliarden Euro steigen, seit voriger Woche ist gar von 90 Milliarden Euro die Rede.“ Wie schrecklich! Aber um eine solche Summe im Sozialbereich „einzusparen“, müsste der Bund seine üblichen Zuschüsse an die SV-Rentenkassen *völlig* streichen – sollten dies die SV-Rentner akzeptieren?

In Wirklichkeit ist der durch die fehlenden Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte für 2004 bedingte *konkrete* Betrag der „ungeplanten“ Schulden natürlich viel geringer, und die erwähnten 80 Milliarden Euro bilden eine Art „Schreckkulisse“.

Am Ende bietet Prof. Sinn eine unverfängliche erscheinende Aussage an: **„Das reale Wachstum der Wirtschaft muss für eine Rückführung der Staatsquote genutzt werden. Nur so kann sich Deutschland allmählich aus der Schuldenfalle befreien.“** Natürlich unterstellt er hier mit Optimismus diesen realen Wachstumsprozess, den es derzeit gar nicht gibt. Aber er stellt ihn zugleich vorrangig in den fiskalischen Dienst der Staatsentschuldung.

Diese genannte Rückführung der Staatsquote würde nur die Rückführung der Staatsausgaben *weit unter* die originären Staatseinnahmen spiegeln, um die jährlichen Haushaltsdefizite zunächst *auf Null* abzusenken, später dann auch die kumulativen Gesamtschulden des Staates zu tilgen.

Um Deutschland aus der *Schuldenfalle* zu befreien, will Prof. Sinn – ohne näher erklärte Einschränkung - das künftige „reale Wachstum der Wirtschaft“ dafür aufbieten. Dies bedeutet jedoch im Klartext: reale *Senkung* der zukünftigen Masseneinkommen der Bürger, weil diese schon längst nicht mehr ansteigen – *das neoliberale Programm für die weitere Umverteilung von „unten nach oben“ für die nächste Zeitperiode ist damit „wissenschaftlich“ kreiert.*

Ernsthaft soll also der Verteilungsspielraum aus erreichter Produktivitätssteigerung zu Lasten der Masseneinkommen fiskalisch „abgeschöpft“ werden, um die riesigen Staatsschulden zu tilgen. Dies würde jedoch noch Jahrzehnte lang beanspruchen. Jeder Makroökonom, der ein solches Vorhaben mittels dynamischer Modelle volkswirtschaftlich als Simulation rechnen wollte, würde zu schrecklichen Resultaten kommen: der Tilgungsbetrag für die staatli-

che Gesamtschuld würde buchstäblich zur *Absorption* der realen *Zuwächse* für Arbeits- und Sozialeinkommen aus dem Wirtschaftswachstum führen – ein Programm der relativen Verelendung, das die künftige chronische Massenarmut legalisiert.

Außerdem: die hohe Anfangszinslast vor der echten Tilgung würde im Durchschnitt dieser Abbauperiode jährlich noch *zur Hälfte* zu leisten sein – eine schnelle hohe Zinsentlastung ist überhaupt nicht absehbar.

Ferner müsste Prof. Sinn auch bemüht sein zu erklären, aus welchen Steuereinnahmen jetzt plötzlich alle künftigen *öffentlichen* Investitionen vorfinanziert werden sollen, die bislang immer aus der jährlichen Netto-Neuverschuldung (gemäß Grundgesetz) *als Regelfall* finanziert werden konnten und durften. „So könnte man Staatsverschuldung dann rechtfertigen, wenn sie zur Finanzierung öffentlicher Investitionen dient“, erläutert Prof. Helmut Wagner in seinem Lehrbuch „Makroökonomie“.⁴ Eine solche differenzierende Betrachtung liegt aber Prof. Sinn ganz fern.

Auf diese gewünschte Aussage von Prof. Sinn werden wir wohl warten müssen, denn die Neoliberalen haben eigentlich hierfür *keine* praktikable, volkswirtschaftlich verträgliche Lösung entwickelt. Sie „verketzern“ die „Schuldenmacherei des Staates“ prinzipiell, gleichgültig aller damit einbezogenen negativen Folgen.

Die Neoliberalen wollen zwar unbedingt „die Steuern“ weiter senken, aber gleichzeitig aus Steuern die öffentliche Infrastruktur finanzieren und aus Steuern die enormen Staatsschulden tilgen sowie aus Steuern die hohen Zinslasten finanzieren – und dabei das wirtschaftliche Wachstum durch Investitionen *binnenmarktgerecht* ankurbeln. Die irrationelle Fiktion ist perfekt!

Im Lehrbuch „Finanzwissenschaft“ erklärte Prof. Norbert Anandel kurz und bündig den Effekt des *Abbaus* der Staatsverschuldung auf die Volkswirtschaft mit dem folgenden Hinweis: „Die Schuldentilgung bedarf keiner eingehenden Analyse, weil es sich um die Umkehrung der Wirkungen der Schuldenaufnahme handelt.“⁵ Diese Umkehrung schließt ein, dass sich effektiv eine *negative* Multiplikatorwirkung einstellt, die das BIP-Wachstum *mindert*. Leider ist dies offenbar zu wenig bekannt, so dass man bedauern muss, dass Prof. Anandel diese Analyse nicht mehr leistete. Ein gravierender Fakt ist der Wirkungsunterschied, den die fiskalische Gesamtentschuldung einschließt, je nach dem, ob die nationale Steuerquote am BIP noch in dieser Tilgungsperiode weiter sinkt, gleich bleibt oder steigt.

„Durch Einnahmeausfälle im Zuge der Politik der Steuersenkung ist die Krise der öffentlichen Haushalte verschärft worden“ heißt es im „*Memorandum 2004*“, und es wird der „Irrglaube an einen sich selbst verstärkenden Wirtschaftsaufschwung durch Steuerentlastungen“ angeprangert.⁶

⁴ Prof. Helmut Wagner, „Makroökonomie“, Verlag Vahlen 2003, S. 364

⁵ Prof. Norbert Anandel, „Finanzwissenschaft“, 4. Auflage, S. 177

⁶ Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, „Memorandum 2004“, PapyRossa 2004, S. 126

Schließlich wäre zu dem fortgesetzten Tilgungsprogramm der Staatsschulden zu hinterfragen, was die Banken mit den an die Gläubiger *zurückgezahlten Milliarden* dann nutzbringend anfangen⁷ sollten: aus dem „Kaputtsparen“ beim realen Massenverbrauch könnte kaum noch ein weiteres Wachstum des Binnenmarktes resultieren – die chronische Stagnation wäre implizit. Oder sollen die Tilgungsmilliarden an die Geldvermögensbesitzer dazu dienen, die globale Expansion des Konzernkapitals privat zu finanzieren? „Wer Staatsverschuldung abbauen möchte, muss Übersparen verhindern oder dafür sorgen, dass ‚entspart‘ wird: durch Steigerung des Konsums oder der Investitionen ...oder mehr Nachfrage aus dem Ausland besorgen“, erklärt Prof. J. Huffs Schmid den staatlichen Entschuldungsweg.⁸

Bleibt die Frage offen, bis zu welcher Höhe die Staatsverschuldung sich als noch makroökonomisch „tragfähig“ erweist und wie dies zu gewährleisten wäre. Die Antwort hierauf bleibt Prof. Sinn dem Leser noch schuldig. Aber dies ist in seinen neoliberalen *Intentionen begründet*, die im radikalen Sozialabbau allein ihre exzessive Erfüllung finden.

Diese Antwort soll hier kurz wie folgt formuliert werden: der Stand einer volkswirtschaftlich noch „tragbaren“ Staatsverschuldung ist gegeben, „wenn die Schuldenstandsquote im Zeitablauf stabilisiert wird“⁹ und auch die reale BIP-Wachstumsrate *höher als der effektive Realzins ist*¹⁰, so dass die öffentlichen Haushalte aus ihren Schulden durch vermehrte originäre Einnahmen „herauswachsen“ können. Letzteres nur, sofern es solche anwachsenden Primärüberschüsse aus originären Steuereinnahmen infolge der neoliberal induzierten Steuersenkungen *überhaupt* noch gibt. Für Deutschland, das eine weitaus *niedrigere* Steuerquote am BIP infolge der neoliberalen defizitären Steuersenkungspolitik statistisch ausweist als andere große europäische Staaten, bestehen hier vergleichbar schlechte Voraussetzungen für den Defizitabbau der öffentlichen Haushalte.¹¹

Die Professoren *M. Heine und H. Herr* brachten dies auf den folgenden Satz:

„Ist die Wachstumsrate kleiner als der Realzinssatz und gibt es ein primäres Budgetdefizit, dann erhöht sich die Schuldenquote.“¹² Dies verhindert den Schuldenabbau, denn hierzu wäre stetig ein dafür hinreichendes Wirtschaftswachstum *größer* als der Realzinssatz notwendig. Von anderen Faktoren abgesehen, ist der Anstieg der Staatsausgaben stets *niedriger* zu planen als das Wirtschaftswachstum, um stetig originäre Haushaltsüberschüsse zu erzielen.

⁷ „Ein zu starker Rückgang des Angebots an Staatsanleihen kann auch die Finanzmärkte negativ beeinflussen“, argumentieren Rossi/Wiedmer in: „List Forum Wirtschafts- und Finanzpolitik“, Jahrgang 2001, S. 283

⁸ Prof. Jörg Huffs Schmid, „Staatsverschuldung: Ursachen, Funktionen und Nutznießer“ in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 4/1997, S. 457

⁹ Prof. Dieter Brümmerhoff, „Finanzwissenschaft“, Oldenbourg 2001, 8. Auflage, S. 605/607

¹⁰ Prof. Wolfgang Cezanne, „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“, Oldenbourg 2002, 5. Auflage, S. 460

¹¹ Lt. BMF-Angaben liegt die deutsche Steuerquote am BIP mit ca. 21 % um 7 %-Punkte unter der französischen, um 9 %-Punkte unter der britischen und um 8 %-Punkte unter der italienischen (2002).

¹² Heine/Herr, „Volkswirtschaftslehre“, Oldenbourg 1999, S. 524

Dies erklärt, warum in der noch anhaltenden Stagnationsphase des deutschen BIP-Wachstums bei stets unreal *überhöhten* Wachstumsprognosen auch die Verschuldungsfalle inzwischen „zugeschnappt“ ist.

Alle neoliberalen „Lösungswege“, die auf einer Restriktion des Massenverbrauchs mittels „Sparmassnahmen“ beruhen - wie auch die Vorstellungen von Prof. Sinn – führen also an der Realität im Wirtschaftskreislauf vorbei, insofern sie die sonst noch mögliche Wachstumsrate auf dem Binnenmarkt zusätzlich drosseln. Darauf hatten bereits mehrfach z. B. so bekannte Ökonomen wie Prof. Peter Bofinger, Prof. Rudolf Hickel¹³ und Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD) ebenso wie auch Forschungsinstitute in überzeugender Weise hingewiesen.

Zwar taucht jetzt lt. *Kassandra* Prof. Sinn die Furcht vor einer Geldvermögensentwertung auf, die die Schuldenlast reduziert. Prof. *Rudolf Hickel* aber warnt davor, „dass ein derartiger Befreiungsschlag keine Chance auf Realisierung hat“¹⁴, weil die institutionellen Widerstände in der EWU und bei den großen Banken viel zu mächtig sind. Außerdem nehmen die großen privaten Geldvermögensbesitzer es viel eher hin, wenn die realen Masseneinkommen stark reduziert werden, statt die eigenen Zinsen heckenden „sozialen Besitzstände“ in Höhe der oben erwähnten privaten **Zwei-Billionen**-Geldvermögen (in Euro) anzutasten.

Gleichsam „natürlich“ erscheinen also die realen *Masseneinkommen* einschließlich der Sozialleistungen des Staates als das politisch „angemessene Sparpotential“ der amtierenden neoliberalen Fiskalfetischisten, die bevorzugt im Geldkapitalinteresse agieren.

¹³ Siehe hierzu auch die generelle Kritik in den jährlichen *Memoranden* der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“

¹⁴ Prof. Rudolf Hickel, „Neues Deutschland“ vom 21.5.2004, S. 8